



Es geht nur gemeinsam. Und in Würde. Anders geht es nicht. (Bild: VRD/Fotolia) 21.1.2015

VPOD-Migrationskonferenz: Gemeinsam für ein Leben in Würde

Die europäische Flüchtlingspolitik und die Arbeitsbedingungen der Migrantinnen und Migranten in der Schweiz standen im Mittelpunkt der Migrationskonferenz des VPOD am Samstag in Bern.

Viele Migrantinnen und Migranten arbeiten im Tieflohnbereich. Bożena Domańska, Betreuerin in der Langzeitpflege, berichtete von den prekären Arbeitsbedingungen, unter denen Pflegerinnen aus Osteuropa Senioren in Schweizer Privathaushalten betreuen. Im Netzwerk „Respekt@vpod“, einem Pilotprojekt der Gewerkschaft in der Nordwestschweiz, kämpfen diese um ihre Rechte und faire Löhne. Domańska forderte, die Wichtigkeit der Care-Arbeit anzuerkennen und mehr öffentliche Mittel für diese bereitzustellen.

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin des VPOD, betonte, dass Reichtum und Wohlstand der Schweiz gerade auch der Einwanderung zu verdanken sind. Obwohl Wirtschaft und Sozialversicherungen von den Migrantinnen und Migranten profitieren, sei es den rechtspopulistischen Kräften gelungen, diese zu Sündenböcken zu machen. Dabei liege das Problem bei der Umverteilung von unten nach oben, dank der seit 20 Jahren die Reichen und Superreichen von Lohnsteigerungen und Steuererleichterungen profitieren.

Katharina Prelicz-Huber unterstrich, dass die bilateralen Verträge und die Personenfreizügigkeit mit der EU sehr wichtig sind. Unbedingt müsse jedoch verhindert werden, dass es mehrere Klassen von Arbeitnehmenden gebe. Für die Gewerkschaften stehen Lohn- und Arbeitsplatzschutz sowie die Erhöhung der unteren und mittleren Löhne an erster Stelle. Für Schweizerinnen, EU-Bürger und Eingewanderte aus anderen Ländern müssen gleichen Rechte und gleiche Pflichten gelten. Die Abstimmung um „Ecopop“ hat gezeigt, dass es in der Schweiz eine Mehrheit für eine offene Migrationspolitik gibt - wenn alle politischen Kräfte jenseits der SVP sich dafür engagieren. Genau dies muss nun bei der Unterschriftensammlung für die lagerübergreifende Initiative „Raus aus der Sackgasse“ (Rasa) geschehen, mit der die desaströse Annahme der sogenannten Masseneinwanderungsinitiative rückgängig gemacht werden soll.

Claude Calame, emeritierter Hochschulprofessor der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales (Paris), analysierte die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union, an der mit den Abkommen von Schengen und Dublin auch die Schweiz direkt teilhat. Während die EU die Aussengrenzen immer undurchlässiger macht und Mauern errichtet, sind allein seit der Jahrtausendwende im Mittelmeerraum 23'000 Menschen ums Leben gekommen, die versuchten, in Europa Schutz vor Verfolgung und Armut zu suchen. Die Wahrung der Menschenrechte muss unter diesen Umständen erstes und wichtigstes Ziel jeder Migrationspolitik sein.

Das Schlusswort der Konferenz hatte die neue Präsidentin der Migrationskommission, Alexandra Siebel-Bravo, die darauf hinwies, dass Migration in jedem Fall stattfindet: „Wenn man die Türen schliesst, kommen die Menschen durch das Fenster.“ Deswegen müssen wir uns zusammen - Schweizerinnen und Schweizer gemeinsam mit den Zugewanderten - für Bedingungen engagieren, die für alle ein Leben in Würde ermöglichen.

Johannes Gruber.

VPOD Schweiz online, 21.1.2015.

VPOD Schweiz > Ausländerpolitik. VPOD Schweiz. 2015-01-21